

möglich ist, und wie sie im einzelnen durchzuführen wäre, darüber ist im Augenblick Schweigen besser als Reden. Es ist in der letzten Zeit mehr jenseitig worden, als dem deutschen Volke dienlich ist. Der Stahlhelm wird sich in seinen Entschlüsseungen auch künftig leiten lassen von dem Bestreben, der historischen Würde des großen Soldaten Hindenburg gerecht zu werden und von seinem Hochsitz: Dem Wohle der Nation!

### Kundgebung der Wirtschaft

**Für Streichung der Tribute. — Vertrauen für Bränning**  
Berlin, 14. Januar. Der Deutsche Industrie- und Handelsrat trat am 13. und 14. Januar zu einer Sitzung seines Hauptauschusses unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Grund, Breslau, zusammen. Der Präsident führte in seiner Eröffnungsrede aus:

Keine deutsche Regierung wird jemals in der Lage sein, mit innenpolitischen Maßnahmen das Problem zu meistern, wenn es nicht gelingt, die Hauptursache unserer wirtschaftlichen und finanziellen Nöte zu beseitigen. Die politischen Zustände sind es, die Deutschland die Erfüllung seiner privatrechtlichen Verpflichtungen unmöglich machen. Ohne endgültige Aufhebung der politischen Verschuldung Deutschlands gibt es keine Wiederherstellung seiner Kreditfähigkeit und keinen Wiederaufstieg seiner Wirtschaft. Wir wissen dem Herrn Reichskanzler Dank dafür, daß er dies mit aller Klarheit und Eindeutigkeit ausgesprochen hat, und vertrauen darauf, daß er in diesem Sinne handeln wird. Ich glaube, der Herr Reichskanzler kann die Überzeugung mit nach Lausanne nehmen, daß das gesamte deutsche Volk — in dieser Frage einmal einig — jedes weitere Kompromiß, für das es keine reale Möglichkeit mehr gibt, ablehnt. Das Vertrauen der von uns vertretenen deutschen Wirtschaft steht jedenfalls geschlossen hinter ihm.

Die Versammlung machte sich diese Erklärung des Präsidenten einstimmig zu eigen. Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, gab einen Überblick über die Aufgaben, die sich aus seinem Arbeitsgebiet ergeben. Die Beratung wandte sich dann auf Grund eines Berichtes von Dr. Ostermeyer, Vizepräsidenten der Industrie- und Handelskammer zu Königsberg, den Fragen der Ordnung zu.

### Intervention in Warschau wegen der Optanten-ausweisungen

Berlin, 14. Jan. Der deutsche Gesandte in Warschau hat bei der polnischen Regierung wegen der Ausweisung der 70 Optantenfamilien aus dem Korridorgebiet interveniert. Die polnische Regierung hat schnellste Nachprüfung der Angelegenheit und umgehende Benachrichtigung zugesagt.

### Stadtverordnetenwahl in Berlin

Berlin, 14. Jan. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde heute die Wahl des ersten Vorstehers vorgenommen. Abgegeben wurden 200 Stimmentzettel, von denen einer ungültig war. Der bisherige Stadtverordnetenvorsteher Haß (Sozialdemokrat) erhielt 100 Stimmen, der Deutschnationale Domke 57 Stimmen und der Kommunist Bied 42 Stimmen.

**Französische Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz**  
Paris, 14. Jan. Einzelne Blätter melden, daß der Leiter der französischen Abteilung beim Völkerbund, Massigli, in Warschau eingetroffen ist und sich noch nach Prag und Belgrad begeben werde. Eine Nachrichtenagentur läßt sich aus Warschau melden, daß Massigli vom Quai d'Orsay beauftragt worden sei, sich mit der polnischen Regierung über eine gemeinsame Richtlinie für die Abrüstungskonferenz zu verständigen.

**Briand ständiger Vertreter Frankreichs beim Völkerbund?**  
Paris, 14. Jan. Wie Havas zu wissen glaubt, dürfte die Mitarbeit Briands, um die Laval heute gebeten hatte, wohl in der Form zu suchen sein, daß Briand den Posten eines ständigen französischen Delegierten beim Völkerbund übernehmen soll, wie ihn schon seinerzeit Leon Bourgeois innehatte.

### Die italienischen Finanzfachverständigen in London

London, 15. Januar. Wie die Blätter melden, sind gestern die italienischen Finanzfachverständigen, Professor Beneduce und Buti, aus Paris in London eingetroffen. Sie haben in Paris mit dem Finanzminister Flaminio und den Beamten des französischen Finanzministeriums die Reparationsfrage erörtert und suchen jetzt eine gleiche Aussprache mit dem Schatzkanzler und Sir Frederick Leith Ross.

### Teilnahme Frankreichs an der Lausanner Konferenz nur nach Verständigung mit England und Deutschland?

London, 15. Januar. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph glaubt zu wissen, daß der französische Ministerpräsident Laval gewissen ausländischen Vorkämpfern in Paris zu verstehen gegeben hat, Frankreich werde an der Lausanner Konferenz nur teilnehmen, wenn es eine vorherige Verständigung mit Großbritannien und Deutschland erreicht habe.

### Tschechische Militärflieger über Schlesien

Breslau, 14. Januar. Ueber Bad Kudowa (Grafschaft Glatz) sind gestern, wie die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ melden, drei tschechische Militärflugzeuge gestürzt worden, die mehrere Male in 80 bis 40 Meter Höhe den Bahnhof umkreisten und hernach wieder der Grenze zuflogen. Die drei Flugzeuge waren vormittags kurz nach 10 Uhr aus nördlicher Richtung gekommen. Das Personal des Bahnhofs gibt an, die Flugzeuge seien so niedrig geflogen, daß man ein Unglück befürchtete. Das Personal des Bahnhofs hat dabei mit aller Bestimmtheit erkannt, daß es sich um tschechische Militärapparate handelte. Die Bahnhofsanlagen sind von der tschechischen Grenze rund vier Kilometer entfernt.

### Schwere politische Schlägerei

Mehrere Verletzte. 60 Sektierungen

Duisburg, 15. Jan. In der städtischen Tonhalle fand gestern abend eine öffentliche Versammlung der RSDAP statt, an der etwa 1500 Personen teilnahmen. Unter sie hatten sich zahlreiche Anhänger der SPD gemischt. Schon während des Vortrages des Referenten kam es verschiedentlich zu gegnerischen Zwischenrufen. Nach dem Referat sprach ein kommunistischer Diskussionsredner

## Quertreibereien

Stimmungsmache für Verschiebung der Lausanner Konferenz — Katholisch-deutscher Widerstand

Berlin, 14. Januar. In der französischen und englischen Presse sind, wie der „Dresdn. Anz.“ meldet, in diesen Tagen auflehnungserregende Artikel erschienen, in denen, offensichtlich auf Grund offizieller Einwirkungen, der Gedanke vertreten wird, daß die Konferenz von Lausanne — oder, wie man jetzt meistens sagt, von Duzan, weil die Verhandlungen in diesem Vorort von Lausanne geführt werden sollen — verschoben werden müsse. Es wird darin in einer gewissen Uebereinstimmung mit der aufgeregten Antwort, die der französische Finanzminister auf das Kanzlerinterview gegeben hat, die Behauptung aufgestellt, die Konferenz von Lausanne habe unter den jetzigen Umständen überhaupt keinen Zweck mehr, nachdem der deutsche Reichskanzler festgestellt habe, daß Deutschland ohnehin nicht mehr zahlen werde.

Während sich die französische Presse eng an die Neuierungen Flaminios anschließt, geht die englische Presse wiederum mehr von der Auffassung aus, daß sowohl durch den Baseler Bericht als auch durch die Neuierungen des Kanzlers die Unmöglichkeit der weiteren deutschen Zahlungen bereits zweimal ausgesprochen sei, daß aber angesichts der widerstreitenden Haltung Frankreichs im Augenblick eine Einigung unmöglich erscheine, sobald die Konferenz schließlich zu nichts anderem führen werde, als zu einer dritten Feststellung der erwähnten Tatsache. Die englischen Staats-

männer aber hätten wichtigere Dinge zu tun, als lediglich an einer solchen Feststellung wissen sich eine Woche lang nach Lausanne zu begeben. Man ist deshalb in Paris und London der Meinung, daß die Konferenz von Lausanne erst einen Zweck haben könnte, wenn die für April in Aussicht stehenden französischen Kammerwahlen vorüber sind, sobald vor Mai oder Juni mit einer Entscheidung in Lausanne nicht zu rechnen wäre.

Dieser Stimmungsmache der Auslandspresse gegenüber wird in Berliner politischen Kreisen selbstverständlich auf das nachdrücklichste darauf hingewiesen, daß eine Verschiebung der Konferenz von Lausanne die nachteiligsten Folgen haben würde, weil es angedeutet der Dringlichkeit der endgültigen Reparationsregelung unbedingt erforderlich ist, daß der vom Kanzler bereits vertretene Standpunkt nunmehr auf einer beschlußfähigen europäischen Konferenz vor aller Welt dargelegt wird, damit die Regierungen veranlaßt werden, endgültig dazu Stellung zu nehmen.

Die Reichsregierung wird selbstverständlich alle diplomatischen Mittel in Bewegung setzen, um diese in Paris und London immer stärker auftretenden Tendenzen nach einer Verschiebung der Konferenz auf Mai oder Juni mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

## Amerika und die politische Verschuldung der Welt

Berlin, 14. Januar. Dem letzten Wochenbericht des „Instituts für Konjunkturforschung“ entnehmen wir folgende Ausführungen über die internationale politische Verschuldung. Neben der „natürlichen“ Kreditverschuldung der Weltwirtschaft, wie sie aus dem laufenden Austausch von Waren, Dienstleistungen und Geldkapitalen zwangsläufig erwächst, ist seit dem Weltkrieg in den riesenhaften politischen Schulden ein neues Reg von Schuldenverbindungen entstanden. Die politischen Schulden stehen im Widerspruch zum System der natürlichen Kreditverschuldung; sie erweisen sich immer mehr als einer der Hauptgründe für die fortschreitende Verwirrung der Weltwirtschaft.

Der weitaus größte Teil der politischen Schuldenzahlungen fließt letzten Endes den Vereinigten Staaten von Amerika zu. Im Fiskaljahr 1931/32 (1. Juli bis 30. Juni) waren an Zinsen und Kapitalbeträgen rund 253 Millionen Dollar fällig gewesen, wenn sie nicht gestundet worden wären.

Die Zahlungen an die Vereinigten Staaten sind alljährlich in der Hauptsache an zwei Terminen, am 15. Juni und am 15. Dezember, zu leisten.

Am 15. Juni 1932, dem nächsten wichtigen Fälligkeitstermin während des Schuldenjahres, waren etwa 116,9 Millionen Dollar Forderungen an reparationsberechtigigte Schuldnermächte und 7,5 Millionen Dollar Forderungen an nichtreparationsberechtigigte Mächte fällig.

Die Einnahmen aus dem Dienst der interalliierten Schulden machten bisher in der Regel nur etwa 5 v. H. der gesamten Bundeseinnahmen der Vereinigten Staaten aus. Erst im Jahre 1930/31 war der Anteil der Zahlungen der reparationsberechtigigten Mächte an den gesamten ordentlichen Einnahmen des amerikanischen Bundes auf 6,7 v. H. gestiegen; das

war einerseits auf die Zunahme der Zahlungen der Schuldner, andererseits aber auch auf den scharfen Rückgang der Gesamteinnahmen infolge der Wirtschaftskrise zurückzuführen.

Im laufenden Rechnungsjahr haben sich die amerikanischen Bundeseinnahmen weiter scharf verringert. Bis Ende November waren sie um mehr als ein Viertel niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Unter diesen Umständen ist die amerikanische Deffenzlichkeit gegenwärtig geneigt, den an sich verhältnismäßig kleinen Anteil des interalliierten Schulden dienstes an den Bundeseinnahmen der Union anders zu bewerten, als dies bei ausgeglichener Bundeshaushalt der Fall wäre. Hinzu kommt, daß die interalliierten Zahlungen auf Grund der Beträge von Zinsen zu Jahr ansteigen sollten und so — ohne Belastung des amerikanischen Steuerzahlers — einen wachsenden Teil der Bundeseinnahmen zu sichern schienen.

Das ist vor allem für den Dienst der amerikanischen Kriegsanleihen von Bedeutung. Die den „alliierten und assoziierten“ Mächten gewährten Kredite waren in den Vereinigten Staaten durch innere Kriegsanleihen (Liberty Loans) beschafft worden. Die von den Schuldnermächten einlaufenden Zahlungen sollen demgemäß zum Teil (vor allem soweit die Jahresraten Kapitalrückzahlungen enthalten) zur Tilgung der inneramerikanischen Kriegsschulden verwendet werden.

Der Anteil der interalliierten Zahlungen am gesamten planmäßigen Schuldendienst der Vereinigten Staaten dürfte von rund 15 v. H. im Jahre 1925/26 auf mehr als 21 v. H. im Jahre 1930/31 angestiegen sein. Diese Zunahme ist um so bedeutungsvoller, als 1930/31 die amerikanische Bundesschuld im Zusammenhang mit den sinkenden Einnahmen zum ersten Male seit 1920 wieder gestiegen ist.

etwa eine halbe Stunde und schloß seine Ausführungen mit dem Rufe: „Rot Front!“ Dieser Ruf wurde von den anwesenden Kommunisten spontan erwidert. Ein Teil der SPD-Anhänger verließ hierauf demonstrativ den Saal, während ihnen von anderen Versammlungsteilnehmern das Wort „Freigang“ nachgerufen wurde. Das war das Zeichen zu einer allgemeinen Schlägerei, wobei Stühle als Schlagwerkzeuge benutzt wurden. Die Polizei machte der Schlägerei ein Ende und löste die Versammlung gegen 23 Uhr auf. Bei der Schlägerei wurden mehrere Personen verletzt, darunter drei so schwer, daß sie einem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Die Ansammlungen auf der Straße wurden ebenfalls von der Polizei zerstreut. Aus Sicherheitsgründen wurden in den angrenzenden Straßen 60 Personen festgesetzt, später aber, als die Ruhe wieder hergestellt war, entlassen.

### Großer Waffen- und Sprengstofffund

Hagen, 14. Jan. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, wurde heute nachmittag von Beamten des hiesigen Polizeipräsidiums in der Sunderlohnstraße ein verstecktes Sprengstoff- und Waffenlager ausgehoben. Gefunden wurde über ein Zentner Sprengstoff, 770 Sprengkapseln, eine Menge Gewehre und Pistolen sowie Munition. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die polizeiliche Untersuchung ist noch im Gange.

Hagen, 14. Jan. Zu den großen Waffen- und Sprengstoffunden in Hagen wird vom Polizeipräsidium noch ergänzend mitgeteilt, daß die Verhafteten sämtlich der SPD angehören. Bisher sind vier Personen festgenommen worden, darunter ein älterer Mann von 55 Jahren und drei jüngere Leute im Alter von 30 bis 33 Jahren.

### Die Waffensunde in einem Wiener Arbeiterheim

Wien, 14. Jan. Wie die Wiener Neuesten Nachrichten zur Aushebung des Depots von Waffen und Munition im Ottokringer Arbeiterheim erfahren, wurde festgestellt, daß die Wiener Waffenfabrik Spital u. Bibl im letzten Jahre rund 10 000 Handgranaten für den Republikanischen Schutzbund geliefert hat. 5000 dieser Handgranaten wurden bereits im Frühjahr 1931 in einem sozialdemokratischen Lokal beschlagnahmt. Wo die anderen 5000 Handgranaten sich befinden, ist noch unbekannt. Die 150 beschlagnahmten Glasballons wurden im Militärtechnischen Institut untersucht. Das gesamte Material wurde der Staatsanwaltschaft Wien übergeben.

### Jüdischer Lehrerkreis in Palästina

Jerusalem, 14. Jan. Ungefähr 700 Lehrer und Lehrerinnen der jüdischen Volksschulen des ganzen Landes trafen in den Ausland, weil sie seit vier Monaten kein Gehalt bekommen haben. Die rückständigen Gehälter belaufen sich auf 30 000 Pfund Sterling.

### Die Erhaltung unserer Landstraßen

Die am Straßenbau interessierten Industrien und Gewerbebetriebe haben durch ihre Verbände einen Aufruf ergehen lassen, der sich mit der Notwendigkeit des Ausbaus und der Erhaltung des deutschen Straßennetzes befaßt und darauf hinweist, daß Schritte zu unternehmen sind, die deutschen Landstraßen vor dem Verfall zu bewahren und damit ein Aktivum unseres Volkvermögens im Werte von etwa 11 Milliarden Mark zu erhalten. Der Straßenbau bietet Arbeitsmöglichkeit für große Massen Erwerbsloser, weil Arbeiter mit Spezialkenntnissen nur in geringem Umfange benötigt seien. Material sei in Fülle vorhanden, lediglich Spezialgeräte, soweit solche erforderlich sind, zum großen Teil befänden sich unsere Landstraßen in schlechtem Zustand. Der Kraftverkehr bringe an Kraftfahrzeugsteuer 200 Millionen Mark, an Abgaben und Steuern für Treibstoffe aber 300 Millionen Mark ein, insgesamt 500 Millionen Mark. Für Straßenbauzwecke werde die unzureichende Kraftfahrzeugsteuer von 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Die Forderung der vereinigten Verbände geht dahin, daß auch die 300 Millionen Mark weiterer Steuern und Abgaben den Wegunterhaltungszwecken zur Verfügung gestellt werden müßten.

### Internationale Hilfsaktion für Steyr

Der Bankrott der zweitgrößten Stadt Oberösterreichs hat katastrophale Folgen gezeitigt. Von 22 000 Einwohnern sind 11 000 vollkommen erwerbslos, Prozent aller Kinder sind unterernährt, ein großer Teil der Bevölkerung ist darauf angewiesen, von Almosen zu leben. Sehr viele der Arbeitslosen und Almsgesteuerten wohnen in Holzbaracken, ja oft in Pferdeställen. Angesichts dieser verwerflichen Notlage haben Hermann Bahr und Enrico von Handel-Wagen einen internationalen Aufruf unterzeichnet, der im gesamten Ausland verbreitet werden soll und um Hilfe für die untergehende Stadt wirbt.

carbs  
Gurgle  
getroffe  
Verlab  
v. WND  
lingen  
sche G  
überlass  
v. WND  
sei dor  
gert w  
Wesell  
Abtrans  
nun ein  
macht  
g e s  
Deuts  
Böding  
ber dem  
wäre.  
Wesell  
Wle  
Schacht  
nete sich  
ausströ  
Sieben  
daß sie  
mußten.  
De  
Reichs  
feststell  
Juges  
mit 200  
nach ihr  
Zu ihrer  
raschung  
Droschke  
Selbe be  
der Dros  
5 a  
Wochen  
lebener  
Tötung  
Fänger,  
rei schül  
hat nun  
tatsächl  
stangen i  
Da r  
die fünf  
verfügt  
mach die  
Rest  
Auf  
de  
Große  
unseren  
um rech  
Clei  
gehörig  
Sonnen  
Oarntat  
herzlich  
Natur  
Ha  
We